

Kündigungen von 2 Betriebsräten bei der Werkstatt Frankfurt (WF)

Zum Hintergrund:

- 2004 Die WF stellt ihre Beschäftigungsmaßnahmen um: Langzeitarbeitslose sind nicht mehr Arbeitnehmer mit allen Rechten und tarifvertraglichem Lohn - Langzeitarbeitslose werden zu rechtlosen "1 Euro - Jobbern" gemacht.
- 2006 Der Wahlvorstand für die Betriebsratswahl bei der WF nimmt alle 1 Euro-Jobber auf die Wählerliste. Die Haltung zu 1 Euro-Beschäftigung wird zum Konfliktstoff.
- Nach der BR-Wahl 2006 Nur ehemalige WF-"Wahlvorständler" werden in eine Spezialabteilung zum stupiden Datentypen versetzt.
- Herbst 2006 die Verdi-Bezirkskonferenz Frankfurt erklärt sich gegen die Schikanen und Sonderbehandlung dieser WF-Kollegen und Ver.di - BRs solidarisch.
- 2007 öffentlicher Protest und Solidarität beim Neujahrsempfang unter dem Motto: "Werkstatt Frankfurt: Für 1-Euro-Jobber eingesetzt! - als BR an die Luft gesetzt?"
Neujahrsempfang des DGB Frankfurt
1. April 2007 Die Proteste führen zur Auflösung der Spezialabteilung bei der WF
- Im August 2007 Die WF Geschäftsleitung stellt Strafanträge gegen BRs und ehemaligen Wahlvorständler sowie deren Hausarzt wegen angeblichem Arbeitszeitbetrugs, weil die KollegInnen 2006/2007 längere Zeit krankgeschrieben waren. Die Krankenakten des Hausarztes werden beschlagnahmt.
- November 2007 Die Staatsanwaltschaft stellt diese Ermittlungsverfahren ein, da die WF - Anschuldigungen haltlos waren.
- Erneute Kündigung von 1 BR- Mitglieder und BR-Ersatzmitglied der WF. Ihnen wird vorgeworfen bei einer öffentlichen Wahlkampfveranstaltung des hessischen Landtagskandidaten, Marcus Bocklet, zu dessen Rolle bei der Umstellung der WF zu einem "1 Euro-Betrieb" und der damit in Zusammenhang stehenden Kündigung von 30 LehrerInnen und SozialpädagogInnen gefragt und dann per e-mail auf einen Gesprächstermin gedrängt zu haben. Sie kündigen an ggf dieses Thema auf Wahlveranstaltungen weiter anzusprechen.
- Januar 2008 Bocklet wird über "Abgeordnetenwatch" vom Sprecher des Verdi-AK Soziale Vereine zu seiner Rolle bei den Kündigungen gefragt. Er verweist auf den BR und meint, "wenn es zutrifft, dass der dortige Betriebsrat der Geschäftsführung zustimmt, dann spricht das für sich.... Grundsätzlich kann ich sagen, dass ich Kündigungen als Mittel der politischen Auseinandersetzung ablehne." Bocklet ist aber in skandalöser Weise in die Kündigungen involviert.
- Bocklet hatte den Geschäftsführer der WF persönlich angemailt und sich über e-Mails der Betriebsräte beschwert. Die Fragen der WF-Beschäftigten auf seiner Wahlkampfveranstaltung als Wähler, deren Insistieren auf einer Klärung seiner Rolle bei den Kündigungen von 30 Beschäftigten und der Umstellung auf einen 1 Euro - Betrieb, das empfände er als erpresserische Drohung. Damit brachte er die Kündigung ins Rollen. Ausdrücklich fragt er

den WF-Geschäftsführer, Herr Skerutsch und Herrn Vorstandsmitglied Cunitz z.Kntns., was dieser "zu tun gedenke, damit ihre Mitarbeiter eine solch erpresserische Email an einen gewählten Abgeordneten zukünftig unterlassen." (Mail gesendet am 19. Nov. 2007 15:58)
Die WK kündigt prompt.

Januar 2008

Beim Güte Termin wird weiter bekannt, was die Geschäftsleitung ansonsten noch für kündigungswürdige Gründe hält:

Frau M. war mit den Kündigungen 2004 nicht einverstanden und engagierte sich gegen das entsprechende Unternehmerische Konzept. (Frau M. war 2004 Betriebsrätin!)

Frau M. nutzt (als potenzielle Wählerin anm. d. Verf.) Wahlveranstaltungen für eine öffentliche Diskussion über Bocklets Rolle als damaliges Vorstandsmitglied bei der WF.

Am 13.01.2007 hat Frau M. den Neujahrsempfang des DGB besucht, auf dem es ohne ihr Zutun zu Protest gegen die WF kam.

Am 17.11.2007 soll Frau M. eine Kundgebung auf dem Frankfurter Römer besucht haben. VDK, Die Linke, GEW, Verdi-AK Soziale Vereine und andere hatten gegen Sozialabbau aufgerufen. Ein Sprecher des Verdi - AK wurde daraufhin in der Zeitung Junge Welt zitiert, es seien auch WF-Betriebsräte auf der Kundgebung, die sich für "Ein-Euro-Jobber einsetzen". Frau M. wird von der WF auf Grund des Artikels mit der Kundgebung in Zusammenhang gebracht. Auch das wird ihr von der WF als eine Einstellung vorgeworfen, die deren betriebsschädigendes Verhalten zeige.

Die Betriebsschädigung wird an der Nutzung der WF-mailadresse aufgehängt. Den MitarbeiterInnen der WF ist durch eine betriebliche Regelung freigestellt, ihre WF-eMail auch privat zu nutzen. Herr Bocklet ist nicht abzunehmen, dass er bei den beiden Gekündigten davon ausgeht, sie würden im Namen der Geschäftsleitung an ihn schreiben. Aus früheren Kontakten kennt er beide BRs als kritische Geister.